

Protokoll der LAG Europa am 27. September 2008 in Freiburg

Protokollant: Wolfgang Schreiner

Dauer der Sitzung: 12.00 bis 16.00 Uhr

Anwesende

Bauß, Hannegret (KV Freiburg)

Frank, Rainer (KV Stuttgart)

Franke, Philipp (KV Stuttgart)

Klabundt, Per (KV Freiburg)

Lacôte, Jean Paul (Referent)

Ruff, Renate (KV Esslingen)

Schreiner, Wolfgang (KV Esslingen, LAG-Sprecher)

Westermayer, Manfred (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Wettach, Wolfgang G. (KV Tübingen)

Witzel, Walter (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Tagesordnung

1. Wo steht aktuell die französische Atomenergiepolitik?
2. Einführung in die Machbarkeitsstudie ERENE
3. Europapolitische Vorausschau auf die LDK 11./12. Oktober 2008
4. Verschiedenes und Termine

1. Wo steht aktuell die französische Atomenergiepolitik?

Referent: **Jean Paul Lacôte**

(jeweils Vorstandsmitglied im Comité Directeur Alsace Nature Haut-Rhin, in der Kontrollkommission des AKW-Fessenheim, im TRAS – Trinationaler Atomschutzverband – und jeweils Mitglied in der Radioaktivitätsüberwachungskommission im Elsaß und beim BUND Oberrhein)

Der Atomstromanteil in Frankreich beträgt 80%. Mit Sarkozy erlebt der Atomstrom eine Renaissance. Die veraltete Technik macht Insidern allerdings Sorgen. Der sogenannte „Euroreaktor“ ist als neue Generation geplant. Er sei wirtschaftlicher und sicherer (u.a. mit stärkerer Betonwanne und bei einem GAU soll keine Strahlung über den Zaun hinaus gelangen). Eine Demonstrationsanlage ist in der Normandie projektiert (alternativer Standort könnte u.a. auch Fessenheim sein). Der Euroreaktor soll ein Exportschlager werden. Strategie ist auch, im Ausland Stromunternehmen zu kaufen und dort sukzessive die neuen Euroreaktoren zu platzieren. AREVA und SIEMENS sind die entwickelnden Unternehmen.

In Frankreich werden derzeit zwei alte Reaktoren wegen technischer Schwierigkeiten abgebaut. Es fehlen allerdings die Erfahrungen für solche Operationen. Runter fahren reicht

bei weitem nicht. Sehr lange noch wird viel Wärme erzeugt, die abgeführt werden muss. etc. Dazu kommt, dass es auch in Frankreich kein Endlager gibt. Forschungen hierzu werden interessanterweise auch von Deutschland unterstützt.

Zusätzlich problematisch ist der schwindende Sachverstand des Personals. Gründe hierfür sind u.a.: altershalbe Abgänge und immer mehr Leiharbeiter durch zunehmende Privatisierung. Die selben Probleme haben die Nachbarländer.

In **Fessenheim** steigt die Porösität der Betonwände. Die Kontrollkommission ist einberufen worden nach einer Hungerstreikaktion der AKW-Gegner. TRAS klagt derzeit auf Abschaltung. Hauptargumente: fehlende Sicherheit gegen Erdbeben und Überschwemmungen. Bei Ablehnung wird die bereits jetzt geplante Revision bis zum Obersten Verwaltungsgericht gehen. Ein Minimalerfolg wäre wenigstens die temporäre Abschaltung wegen überhoher Emissionen (veraltete Technik, kein Kühlturm). Diese Abschaltung kann vor dem Straßburger Verwaltungsgericht eingeklagt werden wegen Überschreitung der nationalen Grenzwerte. Ultimativ kann noch versucht werden, die EU-Kommission zu einem Vertragsverletzungsverfahren gegen Frankreich zu bringen (wegen Überschreitung der EU-weiten Grenzwerte).

In 2009 wird die nächste 10-Jahresrevision fällig (durch eine staatliche Behörde). Wird interessant, ob hier der oben erwähnte Verschleiß aktenkundig wird und auf Abschaltung entschieden wird.

Strategisch zeigt sich, dass die Atomenergie keineswegs klimarettend wirken wird. Der weltweite Anteil ist viel zu gering. Auch die Uranvorräte sind nicht endlos, sie haben viel geringere Reichweite als Kohle. Urananreicherung (z.B. in Schnellen Brütern) ist auch nicht nachhaltig. Ein sehr hoher Energiebedarf ist hierfür notwendig und es besteht ein sehr hohes Risiko.

Europaweit setzt sich die Anti-AKW-Bewegung gegen staatliche Finanzhilfen für neue AKWs ein. Damit würden diese Kraftwerke künftig ökonomisch unattraktiv.

Die Anti-Atom-Diskussion müssen die Grünen in die **Wahlkämpfe 2009** tragen, mit schlüssigen Alternativkonzepten! Auch muss auf das riesige Potenzial der Windkraft in Baden-Württemberg hingewiesen werden. Mit entsprechendem politischem Willen wird es keine Stromlücke geben! Das Hauptargument aber sollte sein: längere Laufzeiten bedeuten ein immer höheres Risiko!

2. Einführung in die Machbarkeitsstudie ERENE

Wolfgang Schreiner stellte kurz die Grundidee der Studie von Michaele Schreyer und Lutz Mez, herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS), vor:

- Analogie zu EURATOM als Vertragsgemeinschaft für erneuerbare Energien
- Unterstützung mitgliedsländerübergreifender Forschung
- Förderung von Demonstrationsanlagen mit innovativen Techniken
- Beistand für den Aufbau eines gesamteuropäischen intelligenten Stromverbundnetzes zur Einbindung einer Vielzahl dezentraler erneuerbarer Energiequellen
- Investitionsförderung
- Mitaufbau eines funktionierenden europäischen Marktes für Strom aus erneuerbaren Energien

- Kooperation mit Drittstaaten im Bereich erneuerbare Energien

Die Anfrage Wolfgangs bei der HBS Baden-Württemberg, eine breite öffentliche Diskussion dieser Studie von seiten der LAG zu unterstützen, ergab die folgende mögliche Arbeitsteilung: die HBS führt pro Regierungsbezirk eine große öffentliche Veranstaltung durch, vorzugsweise in Groß- bzw. Universitätsstädten. Die LAG könnte darüber hinaus „in der Fläche“ für weitere Veranstaltungen sorgen. Die HBS würde hierfür vorbereitende Schulungen anbieten und die Koordination der Top-ReferentInnen (Michaela, Lutz, u.a. aus der EP-Fraktion) vornehmen. Die LAG (Wolfgang) wird mit der HBS Gespräche über das weitere Vorgehen führen und darin u.a. auch vorschlagen, regional bekannte ReferentInnen einzusetzen, z.B. in der Region Freiburg Walter Witzel (Ex-MdL), Axel Mayer (BUND) u.ä.

3. Europapolitische Vorausschau auf die LDK 11./12. Oktober 2008

Die Anwesenden diskutierten den auf der LDK vorgesehenen Prozess zur Wahl der für die Bundes-Europawahlliste zu nominierenden baden-württembergischen „Empfehlung“. Eine mehrheitliche Unzufriedenheit erzeugte der Umstand, dass wir als Landesverband mit den vorgesehenen zwei VertreterInnen für die BDK im Januar 2009 zu defensiv agieren. Die Mehrheit stimmte dafür, sinngemäß den folgenden Antrag auf der LDK einzubringen:

Die LAG fordert den Landesvorstand auf, sich für die Ausweitung der Bundes-Europawahlliste auf mindestens 40 Plätze (statt der derzeit bekannten 25 Plätze) einzusetzen, um im Europawahlkampf breiter aufgestellt zu sein und größere Präsenz und Kompetenz zeigen zu können.

4. Verschiedenes und Termine

**Nächster LAG-Termin:
6.12.2008 in Karlsruhe**

Fokus: Stand der Dinge in der Wahlkampfkommission (WKK) und mögliche Zusammenarbeit von WKK und LAG.